

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 40 (1961)
Heft: 10

Artikel: Labour an einem Wendepunkt
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337303>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Labour an einem Wendepunkt

Der nachstehende Artikel ist uns zugekommen, bevor der Parteikongreß der Labour Party in Blackpool stattfand. Die Ergebnisse des Parteitages haben die Richtigkeit von J. W. Brügels Erwägungen vollauf bestätigt. (R. L.)

Mit der Präzision eines Uhrwerkes tagt alljährlich in der ersten Septemberwoche in einem der britischen Badeorte, der eine große Kongreßhalle und Unterbringungsmöglichkeiten für einige tausend Menschen hat, der Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC). Mit der gleichen Präzision tagt genau einen Monat später in einem andern Ort dieser Art die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei. Beide Kongresse wickeln sich nach einem bis in die letzten Einzelheiten immer gleich bleibenden Zeremoniell ab. Sie beginnen Montag früh und enden Freitag mittag. Die Organisationskunst, die alles das zustande bringt, und das geradezu ehrfürchtige Einhalten aller parlamentarischen Gepflogenheiten auch durch den ärgsten Radikalinski unter den Debatterednern hat etwas Bewundernswertes an sich. Aber es ist natürlich unvermeidlich, daß ein solches sich von Jahr zu Jahr zum gleichen Zeitpunkt wiederholendes Schauspiel das Gepräge eines Rituals auf Kosten der politischen Bedeutung annimmt. Auch die stürmischste Debatte auf einem Parteitag, der immer ein wenig wie ein Fußballspiel «Delegierte versus Parteivorstand» ausgetragen wird, endete immer mit einem Sieg des «Podiums» (auf dem der Parteivorstand korporativ sitzt) über den «Saal» (in dem die Delegierten ihre Plätze haben). Aber 1960 war das zum erstenmal anders: in einer hochpolitischen Frage wurde die Parteiführung geschlagen. Sie hat sich aber nicht geschlagen gegeben, sondern ist zur erfolgreichen Gegenoffensive übergegangen und hat jetzt die Gewißheit, daß das vorjährige Votum diesmal umgestoßen werden wird. Labour ist fraglos an einem Wendepunkt angekommen, und es ist am Platze, jetzt einen zusammenfassenden Rückblick auf die Schwierigkeiten zu werfen, mit denen die Partei in den letzten Jahren zu ringen hatte.

Das Nationalisierungsproblem

Eine der merkwürdigsten Auseinandersetzungen, die je eine politische Partei in ihren Grundfesten erschütterte, war der Kampf um den sogenannten «Absatz 4» des Parteistatuts von 1918 — es war tatsächlich eine Komödie der Irrungen. Hier zeigte sich der Nachteil einer Konstruktion, die eine Partei nicht als ein Gebilde aus einem Guß aufbaute, sondern sie als Koalition der verschiedenartigsten Kräfte erstehen ließ, die jede ihr eigenes ideologisches Zentrum haben, das die andern nicht anzusprechen vermag. Die

Labour Party hatte nie ein festumrissenes Programm der Vergesellschaftung bestimmter Wirtschaftszweige außerhalb der Grundindustrie (Bergbau, Energie, Eisen und Stahl). In ihr haben sich in den letzten Jahren die gleichen Auseinandersetzungen um das Verstaatlichungsproblem abgespielt wie in den meisten andern Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale. Wir haben damals darüber ausführlich berichtet und möchten heute bloß darauf verweisen, daß wir seinerzeit («Rote Revue», Dezember 1957, S. 353—359) bei der Besprechung der Programmschrift «Industrie und Gesellschaft» zu dem Ergebnis gelangten, die britische Arbeiterbewegung habe sich, «weit entfernt davon, ihre Vergangenheit abzuschwören, entschlossen, sowohl auf der alten Bahn der Nationalisierung fortzufahren, als auch neue Möglichkeiten zur Erweiterung des Bereiches der Gemeinwirtschaft zu erproben.» Die erwähnte Programmschrift, die die Unterlage des Wahlprogramms von 1959 bildete, war naturgemäß ein Kompromiß, das aber keinen der Standpunkte völlig verwarf. Die gegnerische Demagogie verkündete manchmal, daß die neuen «gemäßigten» Richtlinien nur zur Täuschung der angeblich nationalisierungsfeindlichen Bevölkerung dienen sollen, da die Partei in Wirklichkeit statutengemäß zu einer Vollnationalisierung «bis zum letzten Friseurladen» verpflichtet sei. Das ist natürlich barer Unsinn, aber tatsächlich enthält der (auch den meisten Labouranhängern bis dahin ganz unbekannt) Absatz 4 des im Jahre 1918 beschlossenen Parteistatuts einen immer wieder vom Gegner zitierten Satz, der mit einigem bösen Willen so ausgelegt werden konnte. Danach war das Ziel der Partei,

«dem Arbeiter der Hand und des Geistes den vollen Genuß seines Produktes und dessen möglichst gerechte Verteilung zu sichern, auf der Grundlage des Gemeinbesitzes an den Mitteln der Produktion, Distribution und des Kredites, und des bestmöglichen Systems einer Verwaltung durch das Volk und Kontrolle jedes Wirtschaftszweiges».

Für jeden Kenner handelt es sich hier um die Aufstellung ganz allgemeiner Grundsätze, nicht aber um ein kurz- oder langfristiges Programm. Es wurde von der Bewegung auch nie als ein Auftrag aufgefaßt, die gesamte Wirtschaft in die Hände des Staates oder der Öffentlichkeit zu überführen — Sydney Webb, der Autor des Statuts von 1918, hat nie solche Ideen entwickelt. Tatsächlich wurde auch im Jahre 1918 unabhängig von dem Statut ein Parteiprogramm angenommen, das überhaupt keinen derartigen Hinweis enthielt. Der alte «Artikel 4» wurde nicht geändert, weil man es einfach nicht für notwendig hielt, an eine Sache zu rühren, die keine aktuelle Bedeutung hatte. Aber da diese Bestimmung des alten Statuts, wiederholt vom Gegner ins Treffen geschickt, weder voll mit der Theorie noch mit der Praxis der Bewegung im Einklang stand, hat *Hugh Gaitskell* nach der Wahlniederlage von 1959 den Vorschlag gemacht, die vierzig Jahre alte Formel durch eine

zu ersetzen, in der sich die gemachten Erfahrungen widerspiegeln würden. Was sich daraufhin abspielte, war zunächst das gerade Gegenteil einer sachlichen Erörterung, die immer zur Klärung der Begriffe dient. Die von Gaitskell repräsentierte Politik hat innerhalb der Partei, wie es nur natürlich ist, manche Gegner. Weniger natürlich war die Tendenz einiger unter ihnen, einen ganz harmlos gemeinten und auf keinerlei programmatische Revision hinzielenden Vorschlag als eine Attacke auf die sozialistische Grundhaltung der Partei auszugeben, die um jeden Preis abgeschlagen werden mußte. Aus dem «Absatz 4», von dessen bloßer Existenz die wenigsten der Labouranhänger gewußt hatten, wurde ein wahres Heiligtum gemacht, das anzu-rühren ein Sakrileg wäre. Hätte Gaitskell seine Ideen Delegierten unterbreiten und erklären können, die frei gewesen wären, auf Grund ihrer Ein-drücke abzustimmen, wäre er kaum auf ernstem Widerspruch gestoßen. Da aber die Entscheidung auf Parteitag mehrheitlich den Vertretern von kollektiv angeschlossenen Gewerkschaften überlassen bleibt, die mit gebun-dener Marschrouten kommen und für ihre ganze Mitgliedschaft abstimmen, konnte es passieren, daß einige große Gewerkschaften auf ihren Konferenzen beschlossen, ihre Delegierten zum Labourparteitag zu beauftragen, sich *jeder* Abänderung des Absatzes 4 entgegenzustellen. Inzwischen hatte der Partei-vorstand einen von Gaitskell stammenden detaillierten Vorschlag zur Moder-nisierung dieses Artikels angenommen, einen Vorschlag, der nichts enthielt, was nicht ohnehin schon Bestandteil von früher zum Beschluß erhobenen Programmen war. Da die Parteiführung aber nicht Gefahr laufen wollte, außer in der Frage der Kernwaffen, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, noch in einer anderen grundsätzlichen Frage in der Minderheit zu bleiben, wurde dann beschlossen, die ganze Kontroverse um den Punkt ab-zubrechen und den vom Parteivorstand genehmigten neuen Text nur als «wertvollen Ausdruck der Parteiziele in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhun-derts» zur Kenntnis zu nehmen. Dabei hatte man aber nicht mit der Partei-opposition gerechnet, die Gaitskell auf jeden Fall schlagen wollte. Sie er-zwang durch einen Antrag, den entscheidenden Absatz des Entwurfes einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, eine Nationalisierungsdebatte auf dem Partei-tag von 1960 — und hier kam es dann endlich zu jener sachlichen Erörte-rung des Verstaatlichungsproblems, die früher nicht zu erzielen gewesen war. Der Kampf ging um einen Absatz, in dem es heißt, die Partei sei überzeugt, daß ihre sozialen und wirtschaftlichen Ziele nur verwirklicht werden könnten

«durch eine Erweiterung des Gemeineigentums, die kräftig genug ist, der Gemeinschaft die Gewalt über die beherrschenden Höhen der Wirtschaft zu geben. Gemeineigentum nimmt verschiedene Formen an, eingeschlossen Wirtschaftszweige und Firmen im Staatsbesitz, Erzeuger und Verbraucher-genossenschaften, gemeindliches Eigentum und Partnerschaft der öffent-

lichen Hand in privaten Konzernen. Anerkennend, daß sowohl öffentliche als auch private Betriebe einen Platz in der Wirtschaft haben, glaubt sie, daß eine Erweiterung des Sektors des Gemeineigentums von Fall zu Fall im Lichte der Parteiziele und den Umständen entsprechend, mit Bedacht-
nahme auf die Ansichten der betroffenen Arbeiter und Verbraucher, entschieden werden soll.»

Diese elastische Formel entspricht nur dem zuletzt 1957 vom Parteitag ausdrücklich bestätigten Zustand. Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag, den zitierten Absatz nicht zur Kenntnis zu nehmen, mit 4,1 gegen 2,3 Millionen Stimmen verworfen. Es ist ein merkwürdiger Abschluß. Die Parteiführung erlebte den Triumph, daß der oppositionelle Antrag abgelehnt wurde. Die Opposition kann darauf verweisen, daß die neue Formel nur zur Kenntnis genommen, aber nicht ausdrücklich ins alte Statut neu eingefügt wurde. Immerhin ist wenigstens dieser Streitpunkt vorläufig zur Ruhe gekommen.

Der Gemeinsame Markt

Natürlich ist das Nationalisierungsproblem für die sozialistische Theorie und Praxis von größter Wichtigkeit, aber es gibt Fragen, in denen eine innerparteiliche Einigung weit dringender erscheint, weil man heute schon und nicht erst in einer späteren Zukunft zu ihnen Stellung nehmen müßte. Wir meinen das Problem des Beitrittes Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Hier haben die Gegensätze innerhalb der Partei lange nicht die Schärfe angenommen wie in anderen Fragen. Aber hier hat es sich bisher überhaupt nicht als möglich erwiesen, einen einheitlichen Beschluß zu erarbeiten. Die Problematik der britischen Eingliederung in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die englische Unlust zur Teilnahme an föderativen, überstaatlichen Lösungen, die Sorge um das Commonwealth, teils echt, teils vorgetäuscht, seien hier als bekannt vorausgesetzt und nicht in ihrer ganzen Breite besprochen. Aber hier zeigt sich mehr als anderswo, daß die Arbeiterpartei ein getreues Abbild der ganzen Nation mit ihren diversen Urteilen und Vorurteilen ist, nicht aber ein Kollegium kalter Dogmatiker. Es gibt in der Arbeiterpartei vernunftgemäße Anhänger einer europäischen Integration mit voller britischer Teilnahme, und es gibt Anhänger, die das aus ihrer sozialistischen, internationalen Haltung herleiten. Es gibt Gegner jedes Beitrittes aus echten sozialistischen Bedenken und aus solchen, die nur sozialistisch drapiert sind, in Wirklichkeit aber übertünchten Isolationismus darstellen. Es gibt Gewerkschaftsfunktionäre, die ganz legitime Befürchtungen haben, die Arbeiter ihres Berufes würden entweder durch Integration oder durch Abseitsstehen zum Handkuß kommen. Es gibt noch eine Menge anderer Abtönungen, aber was es nicht gibt, sind vom Parteitag

niedergelegte Richtlinien. Dabei hat die Stellungnahme zu dem Problem mit der alten Unterscheidung zwischen «links» und «rechts» überhaupt nichts zu tun, beziehungsweise der bestehende Zwiespalt unterstreicht nur, wie sinnlos die alte Klassifizierung geworden ist. (Verrät es wirklich eine «linke» Haltung, wenn man Illusionen über die Sowjetunion hat oder verbreitet?) Englische Sozialisten, die sich für weit linksstehend halten, predigen, eingehüllt in naserümpfende Kritik an de Gaulle und Adenauer, den krassesten Isolationismus, statt in der Aufsaugung der Arbeitslosen Italiens eine internationale Aufgabe sozialistischer Solidarität zu sehen. Gewerkschaftsfunktionäre, die die Bezeichnung «rechtsstehend» nicht als Beleidigung empfinden, ereifern sich für europäische Solidarität — aber es gibt auch umgekehrte Fälle. Die Fraktionsführung, die die ohnehin bestehenden Gegensätze in der Partei nicht noch zuspitzen wollte, konnte sich daher nur zu einer Abstinenzparole aufschwingen, als es im Unterhaus zur Abstimmung über Macmillans Vorschlag kam, Beitrittsverhandlungen mit der EWG aufzunehmen. Für einen Regierungsantrag zu stimmen, auch wenn sie im Wesen mit ihm einverstanden ist, ist nicht Sache einer parlamentarischen Opposition, und aus bloßer Oppositionslust gegen etwas zu stimmen, was man für vernünftig oder mindestens unvermeidlich hält, scheint wenig sinnvoll. Nichtsdestoweniger ist das Fehlen einer klaren Parole in einer Frage von so einschneidender Bedeutung wenig befriedigend. Aber erst muß wohl der gefährlichste Bremsklotz aus dem Weg geräumt werden, die Lähmung der Partei in der Frage der Kernwaffen.

Allseitige, nicht einseitige Abrüstung

Der messianische Glaube daran, daß alles in der Welt besser werden wird, wenn nur Großbritannien durch einseitigen Verzicht auf Kernwaffen ein gutes Beispiel gibt, wird nur von einem kleinen, aber sehr aktiven Teil der britischen Bevölkerung geteilt. Instinktiv sagt sich die Mehrheit der Bevölkerung, daß man etwas, was man hat, nicht aufgibt, bevor man sich eine Gegenleistung gesichert hat. Die Labour Party ist auch da wieder das Abbild der Nation. Die Mehrheit ihrer Anhänger ist für eine international vereinbarte Abrüstung — nicht nur in bezug auf Massenvernichtungswaffen —, aber eine agile und gut organisierte Minderheit kämpft für den ebenso bequemen wie einfachen Standpunkt, man solle mit dem «abscheulichen Ding» nichts zu tun haben. Diese Minderheit hat fraglos im letzten Jahr einige Erfolge erzielt, was vor allem auf die Nichtexistenz einer organisierten Gegenbewegung zurückzuführen war. (Vielleicht hat dazu auch das Ausscheiden und spätere Ableben *Aneurin Bevan*s beigetragen, der in seiner suggestiven Art, die gerade auf die «unilateralistischen» Kreise wirkte, ihre Argumente auf den Parteitag 1957 und 1958 demoliert hatte.) Ähnlich wie

in der Frage des «Absatzes 4», war es den Unilateralisten 1960 gelungen, einige Gewerkschaften dafür zu gewinnen, daß sie ihre Vertreter mit dem Auftrag zum Parteitag schickten, die Partei auf eine «unilateralistische» Haltung zum Problem der Kernwaffen — für eine Oppositionspartei ein recht theoretisches Problem — festzulegen. Da die Transportarbeiter mit mehr als einer Million Stimmen schon 1958 auf dieser Linie lagen, rückte nun ein, wenn auch nur knapper Sieg der Unilateralisten in den Bereich der Möglichkeit. Er fiel knapper aus, als diese gehofft hatten, denn nach Gaitskells großer Rede in Scarborough, die die Gefahren des Unilateralismus aufzeigte, haben sich viele Delegierte von lokalen Parteiorganisationen, die keine feste Marschroute mitbekommen hatten, zum Multilateralismus bekannt. Immerhin war es der erste Fall in der sechzigjährigen Geschichte der Partei, in dem der Parteivorstand in einer politischen Frage am Parteitag geschlagen wurde.

Man hat es Gaitskell vielfach verdacht, daß er vorher schon angekündigt habe, er werde sich einem solchen Beschluß nicht beugen. Gaitskell hat aber in Wirklichkeit gar nicht erklärt, er würde sich gegen einen rechtsgültigen Beschluß auflehnen, sondern er hat angekündigt, daß er mit Gleichgesinnten «kämpfen, kämpfen und wieder kämpfen» werde, «um die Partei zu retten, die wir lieben». Hier hat nicht der (nicht vom Parteitag, sondern von der Parlamentsfraktion gewählte) Führer einen persönlichen Standpunkt vertreten, sondern den des Kollektivums, das ihn gewählt und das ihn nachher im vollen Bewußtsein dessen wiedergewählt hat, daß ein Kampf zwischen Parlamentsfraktion und Parteitag das Ende der Partei bedeuten müßte. Von den 260 Labourabgeordneten sind aber etwa 200 absolut nicht bereit, weil sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, von heute auf morgen auf eine Politik der einseitigen, bedingungslosen nuklearen Abrüstung Großbritanniens umzuschwenken. Die Minderheit der Parlamentsfraktion, also die Mehrheit von Scarborough, konnte nicht einmal den Versuch unternehmen, Gaitskell aus ihren Reihen einen Gegenkandidaten für die Fraktionsführung entgegenzustellen. Der Beschluß von Scarborough erwies sich als undurchführbar.

In dieser für die Partei zweifellos tragischen Situation hat Hugh Gaitskells Mahnung Gehör gefunden, daß es gar nicht so sehr um die Kernwaffen — deren Gefahr niemand unterschätzt — geht als um die Rettung der Partei. Gerade die Niederlage der Parteiführung hat etwas erreicht, was sonst kaum auf die Beine zu bringen gewesen wäre: eine organisierte Kampagne mit dem Ziel, die Kluft zwischen dem Parteitag und der Parlamentsfraktion zu überbrücken, indem die Partei zu einer Politik zurückfindet, die mit der jahrzehntelangen Tradition der Bewegung — kollektive Sicherheit, international vereinbarte Abrüstung — im Einklang steht und sich vor jedem Forum vertreten läßt. Eine unilateralistische Haltung müßte die Partei dauernd regie-

rungsunfähig machen, weil sich für eine von vielen als selbstmörderisch betrachteten Parole kaum eine entsprechend große Wählerzahl erwärmen würde. Das ist aber nicht die entscheidende Erwägung; sie liegt vielmehr darin, daß sich die größte Partei des demokratischen Sozialismus nicht von der internationalen sozialistischen Gemeinschaft isolieren kann. Mit Ausnahme der Transportarbeiter haben alle großen Gewerkschaften, die im Vorjahr zur Niederlage der Parteiführung beitrugen, nunmehr Beschlüsse gefaßt, die eine Mehrheit für Gaitskell in der Frage der Nuklearwaffen auf dem Parteitag von Blackpool im Oktober 1961 sichern. Der Wendepunkt, von dem wir eingangs sprachen, besteht vor allem darin, daß die geradezu tödliche Gefahr für die Partei abgewendet ist, daß sich das Abstimmungsresultat vom Vorjahr wiederholt und damit ein latenter Konflikt zwischen Parteitag und Parlamentsfraktion ausbricht, den keine demokratische Partei überleben könnte. Durch das wenn auch späte Erwachen der Kräfte, denen das Schicksal der Partei ehrlich am Herzen liegt — das ist das Entscheidende und nicht etwa irgendein Wandel in den Anschauungen in größerem Ausmaß —, wird gesichert, daß das Abstimmungsergebnis von 1960 eine Eintagsfliege bleibt.

Damit ist freilich noch keine Schlacht gewonnen. Es werden nur die Hindernisse für das Gewinnen einer Schlacht aus dem Wege geräumt. Wir sind uns dessen bewußt, daß alles das, was wir im vorstehenden angeführt haben, nicht allzu ermutigend ist. Auch ohne das Beiwerk oft häßlicher persönlicher Animositäten, die mitspielen, ist das Ausmaß und die Heftigkeit der Auseinandersetzungen innerhalb der Labourbewegung äußerst bedauerlich. Aber man muß die Dinge sehen, wie sie sind, und muß untersuchen, was eigentlich hinter den Auseinandersetzungen um oft ganz akademische Dinge steckt. Es ist nichts anderes als die Schwierigkeit, sich ideologisch und propagandistisch an eine Zeit anzupassen, die so ganz anders geartet ist als die, in der die Bewegung groß wurde und für viele die Vision einer Welt voll von Idealen herbeizauberte. Die Antwort auf die Frage, wie man an die Menschen herankommt, die Massenarbeitslosigkeit kaum vom Hörensagen kennen, ist noch nicht gefunden worden, und wer in England oder anderswo glaubt, sie liege entweder in «Mehr Sozialismus» oder «Weniger Sozialismus», unterliegt einer Selbsttäuschung. Das Suchen nach dem richtigen Wort und dem richtigen Weg muß weitergehen, aber zuerst muß die Partei durch Schaffung eines Einklangs zwischen Parteiführung und Parteitagsmehrheit aktionsfähig gemacht werden. Nach vielen dunklen Stunden scheint sich nun wenigstens dafür die Gelegenheit zu erschließen.